

Montag, 14. September 2009

Vier Krisen oder eine Systemkrise?

von: Prof. Dr. Elmar Altvater

Man kann sich aussuchen, was mehr Schrecken bereitet: die tausend Milliarden Euro, die die Finanzkrise die Steuerzahler überall in der Welt kostet, die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Arbeitseinkommen, der Hunger in der Welt, der nach Angaben der FAO mehr als eine Milliarde Menschen bedroht und tagtäglich Tausende von Opfern fordert, oder der drohende Klimakollaps. Fallen diese Krisenerscheinungen, die dramatischer sind als jene der großen Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren, nur zufällig zusammen, dann haben wir es also mit mehreren Krisen ohne inneres Band zu tun oder handelt es sich um die verschiedenen Ausdrucksformen einer tiefen Systemkrise, wie sie in der Geschichte des Kapitalismus bislang noch nie vorgekommen ist?

Selbst nach Auffassung des Weltwirtschaftsforums von Davos, wo sich alljährlich die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Welt treffen, handelt es sich um „globale Risiken“, die die menschliche Sicherheit und die soziale und politische Stabilität des Weltwirtschaftssystems gefährden. Die Finanzkrise hat sogar dazu geführt, dass die Parteien der Großen Koalition sich die Forderungen von ATTAC nach einer globalen Transaktionssteuer auf Kapitaltransfers zueigen gemacht haben. Wenn das nicht nur ein opportunistisches Wahlkampfmanöver kurz vor dem 27. September 2009 ist, deutet sich darin ein politischer Wandel an, der auf die tiefe Verunsicherung und intellektuelle Ratlosigkeit der politischen Eliten in der kapitalistischen Systemkrise, in der Vierfachkrise der Energieversorgung, der Nahrungssicherheit, des Klimawandels und nicht zuletzt der zusammen brechenden Finanzmärkte und der Wirtschaft schließen lässt.

Die Mutter aller Krisen

Die gegenwärtige Finanzkrise ist nicht die erste Krise in der Geschichte des kapitalistischen Systems. Viele Menschen haben in Finanzkrisen viel verloren, doch Gesellschaften kollabieren nicht, wenn sie in eine schwere ökonomische und finanzielle Krise geraten. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind, wie Karl Marx kritisch analysierte, eine Art „Jungbrunnen“ des Systems, das durch „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter) die Rentabilität des Kapitals steigert und seine Herrschaftsbasis erneuert. Bei Naturkatastrophen ist das anders. Die Zerstörungen in der Natur sind nicht reversibel und ihnen folgt keine schöpferische Kraft. In der bisherigen Menschheitsgeschichte blieben in den ökologischen Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke; die Gesellschaften auf den Osterinseln verschwanden, die Kulturen der Maya oder der Inka auch. In Zeiten der Globalisierung haben alle Krisenerscheinungen jedoch eine globale Reichweite. Ein globaler Kollaps von Klima, Energieversorgung und Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln hätte nicht nur monetäre Verluste wie in der Finanzkrise zur Folge, sondern die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen.

Es ist keine Frage, dass die Industrieländer dafür hauptverantwortlich sind, dort befindet sich nicht nur das Epizentrum, sondern die Mutter aller Krisen: das westliche Konsum- und Produktionsmodell der kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion, folglich auf Massenkonsum ausgelegt, und

verbraucht daher massenhaft Rohstoffe, fossile Energie, Landflächen und es tendiert dazu, die Biodiversität monokulturell zu reduzieren. Zugleich sind die Industrieländer die Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten daher das Potential, der Vierfachkrise entgegen zu steuern. Doch die globale Finanzkrise hat zur Folge, dass das Geld als Medium der politischen Intervention und Regulation zwar die Feuer im Finanzsektor löscht, aber zur Bekämpfung der Brände in der reproduktiven Realwirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, im Treibhaus Erde oder bei der Energie- und Nahrungsmittelversorgung nur unzureichend zur Verfügung steht. Da sind die freigiebigen Finanzminister auf einmal knauserig. So haben die Industrieländer die zugesagten 12 Milliarden Dollar gegen den Hunger zusammengestrichen. Ob die benötigten Billionen gegen den Klimawandel so locker fließen wie die Gelder zum Stopfen der Löcher in den Bankbilanzen ist zweifelhaft.

Die Intransparenz des Systems

Wie konnte es zu der tiefsten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus im Jahre 2008 kommen? Die Ursachen reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als die Finanzmärkte nach dem Kollaps des Bretton Woods Systems liberalisiert und politische Regeln systematisch dereguliert wurden. Die weltweite Konkurrenz der Finanz-Standorte wird mit hohen Renditen und Zinsen geführt, so dass seit dieser Zeit explodierende Profite des Finanzsektors festzustellen sind. Er wächst daher sehr viel schneller als die „reale Ökonomie“. Die Logik des „schnellen Geldes“, Kurzfristigkeit und Shareholder Value bestimmen nun das unternehmerische Handeln. Eine Spekulationswelle nach der anderen überrollt die verschiedenen Weltregionen. Der Finanztsunami löst verheerende Finanzkrisen aus: in der dritten Welt in den 1980er Jahren, in den Schwellenländern ein Jahrzehnt später, in den USA in der „New Economy“-Krise 2000. Schließlich wird die gesamte Welt in den Krisenstrudel gezogen. Es zeigt sich, dass Renditen von 20% und mehr auf das Eigenkapital bei realen Wachstumsraten von 1 bis 2% die Ökonomie strangulieren und die Welt in extrem reiche Prämien-, Boni- und Renditebezieher einerseits und eine ebenso extrem wachsende Masse armer und schlecht ernährter, ja hungernder Menschen andererseits spalten.

Da die unmäßig hohen Forderungen des Finanzsektors real nicht dauerhaft bedient werden können, erweisen sie sich als wertlos. Es entsteht also ein immenser Abschreibungsbedarf auf verbrieft Forderungen, den niemand genau beziffern kann. Die neoliberale Deregulierung der vergangenen Jahrzehnte hat vor allem Eines erreicht: eine Intransparenz des Systems, so dass dessen Hauptakteure sich wie mit einem Brett vor dem Kopf bewegen. Die Verschleierung hat auch zur Folge, dass der systemische Zusammenhang der verschiedenen Ausdrucksformen der Krise nur mehr verschwommen wahrgenommen wird.

Logik einer festischhaften Warenwelt

Der Klimawandel ist vor allem eine Folge der Verbrennung fossiler Energieträger, weil sich deren Emissionen als Treibhausgase in der Atmosphäre konzentrieren. Der Konzentrationsgrad ist von vorindustriellen circa 280 ppm auf heute etwa 380 ppm angestiegen. Das ist bereits das Maximum, wenn der Temperaturanstieg im Verlauf dieses Jahrhunderts die Marke von zwei Grad Celsius nicht überschreiten soll. Für mindestens 80 Prozent der Treibhausgaskonzentration sind die alten Industrieländer in Nordamerika und Westeuropa verantwortlich. Auch heute noch stammt der größte Teil der Emissionen aus den Auspuffs und Schloten der „reichen“ Länder. Der Anstieg der Erdmitteltemperatur hat größte Schäden zur Folge. Diese reichen vom Abschmelzen der Eiskappen an den Polen, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überflutungen küstennaher Gebiete, ausgedehnten Dürren mit Wüstenbildung bis zu ungewöhnlichen Wetterereignissen wie Hitzewellen oder

zerstörerischen tropischen Stürmen und Überschwemmungen. Um diese Schäden einzudämmen, muss der CO₂-Ausstoß radikal reduziert werden. Ob dann aber das wirtschaftliche Wachstum so gesteigert werden kann, dass wieder Renditen von 20 Prozent auf Finanzpapiere zustande kommen, ist mehr als fraglich.

Der Klimawandel kostet bis zu einem Fünftel des globalen Sozialprodukts. Doch kann man globale Risiken und Krisen in monetären Größen überhaupt bewerten und so von der qualitativen Verschiedenheit der ökologischen, sozialen, ökonomischen und politischen Folgen des Anstiegs der Erdmitteltemperatur absehen? Mit der Geldbewertung der Folgen des Klimawandels wird implizit unterstellt, dass die Schäden durch entsprechenden Geldaufwand zu vermeiden oder zu beheben seien. Doch man unterwirft sich so der Logik der fetischhaften Warenwelt und glaubt, rational anwendbare Kriterien für den Klimaschutz gefunden zu haben. Er ist ein gutes Geschäft, weil nur ein Prozent des globalen Sozialprodukts aufgewendet werden müssen, um den Verlust von 20 Prozent des globalen Sozialprodukts als Folge des Klimawandels zu vermeiden. Doch eine wirkliche Prävention ist nur möglich, wenn das Energieregime von der Quelle (der Extraktion des Öls aus dem Boden) bis zur Senke (der Deponierung der Treibhausgase in der Atmosphäre) umgebaut wird.

Neue Spekulation auf Rohstoffe

Die Finanzkrise des Immobiliensektors seit 2007 ihrerseits hat zur Folge, dass Geldvermögensbesitzer auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen nun in Rohstoffe oder in Derivate von Rohstoffwerten investieren, so dass deren Preise steigen. Die Finanzspekulation übt so einen Einfluss auf die Preise fossiler Energie für die Motoren der Autos und auf die Preise von biotischer Energie für die Ernährung von Menschen aus. Weil diese Energieformen zum Teil substituierbar sind, wird es rentabel, bei steigendem Preis fossiler Energie die in Pflanzen gespeicherte biotische Energie als Energiequelle für Motoren zu nutzen, die eigentlich für die Verbrennung fossiler Energie konstruiert worden sind.

Die finanzielle Spekulation auf steigende Preise würde zu einem Halt kommen, wenn nicht tatsächlich „fundamentale“ Tendenzen die Preissteigerung tragen würden. Das Öl hat den Höhepunkt der Förderung erreicht oder wird ihn sehr bald erreichen („Peakoil“). Das Angebot von Öl lässt sich nach dem Peak nicht mehr dauerhaft steigern. Sicher ist es möglich, kurzfristig die Ölförderung zu erhöhen. Doch ist dies mit hohen Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur der Förderung (zumal im Falle „unkonventionellen Öls“, etwa bei Tiefseebohrungen), in den Transport (Pipelines), die militärische Sicherung der Transportrouten (etwa am Horn von Afrika) und die Verarbeitung (Raffinerien) verbunden. Da gleichzeitig die Nachfrage nach fossiler Energie in der Welt zunimmt, gehen auf freien unregulierten Märkten die Preise unweigerlich in die Höhe. Darauf setzen neoliberale Ökonomen: Die marktbedingten Preissteigerungen des Öls seien der beste Klimaschutz, weil wegen des höheren Preises weniger Öl verbrannt werde.

Mit Klimainvestitionen aus der Krise

Wenn dieser Effekt aber zustande kommt, nicht weil weniger mit dem Auto gefahren wird, sondern weil nun mehr Agrokraftstoffe in den Tank der Autos gefüllt werden, wird die Landnutzung von der Nahrungsmittelproduktion zur Spritdestille umgewidmet. Die unzureichend regulierte Flächennutzungskonkurrenz ist der wichtigste Grund für den starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln im Jahr 2008, für die Zunahme des Hungers und für die Hungerrevolten in vielen Ländern.

Unter der Knappheit von Nahrungsmitteln, der Energiearmut, der Ungleichheit und Armut leiden vor allem die Menschen im Süden; die Ursachen sind aber eher in der Wirtschaftspolitik der Industrieländer zu finden. Wenn die Krisenfolgen zur gesellschaftlichen Chaotisierung und zur Missachtung und Verletzung von Menschenrechten führen, erheben die westlichen Länder und ihre Bündnisse (etwa die NATO) den Anspruch, eine „Schutzverantwortung“ für die betroffenen Menschen mit Hilfe militärischer Interventionen wahrnehmen zu müssen. Doch militärisch ist weder dem Klimawandel noch Peakoil, weder der Finanzkrise noch der Ernährungskrise und ihren Folgen, z.B. der erzwungenen Migration, beizukommen.

Auch werden neue Investitionsmöglichkeiten in die Diskussion gebracht. Zum Beispiel bieten sich im Klimaschutz günstige Investitionsmöglichkeiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Das Volumen des Emissionshandels wird, wenn dieser vom europäischen Handelssystem auf die ganze Welt ausgedehnt wird, mit bis zu 20 Billionen US-Dollar beziffert. Das sind übertriebene Erwartungen, da der Emissionshandel wohl nur dann in diesen Größenordnungen in Gang kommen kann, wenn die Finanzmärkte sich «normalisieren». Hinzu kämen noch Investitionen zur Extraktion mineralischer Rohstoffe und zum Anbau von Agro-Kraftstoffen, um Konsequenzen aus der rückläufigen Ölförderung zu ziehen.

Wege aus der Krise

In diesen neuen Geschäftsfeldern könnte ein guter Teil des brachliegenden und nicht entwerteten beziehungsweise durch staatliche Infusionen ersetzten Kapitals mit Investitionen absorbiert werden. Nur wenn es den Banken gelingt, die durch die Nationalstaaten bereitgestellten Finanzmittel an Schuldner zu Investitionszwecken auszuleihen, ist eine Rückzahlung der Rettungspakete an die öffentlichen Kassen gewährleistet, sonst nicht. Der Preis wäre hoch, nämlich die ökologische Zerstörung und die Zuspitzung sozialer Konflikte. Ein hoher Preis wird aber auch fällig, wenn die Mittel für den Finanzsektor nicht für Investitionen verwendet werden. Dann müssten entweder die Steuerzahler die entstehenden Verluste übernehmen oder sie werden in einem inflationären Prozess umverteilt und mithilfe einer Abwertung der Währung externalisiert. Die letztgenannte Möglichkeit haben freilich nur Länder wie die USA, deren Währung als Reservewährung gehalten wird, andere Länder haben sie nicht.

Der systemische Charakter der gegenwärtigen Krise zeigt sich also auch in den Programmen der Krisenbekämpfung. Eine Abwrackprämie mag vorübergehend Arbeitsplätze sichern. Doch sie verlängert auch das fossile Energiemodell, aus dem ein Ausweg gefunden werden muss, weil das Öl zur Neige geht und der Klimakollaps droht. Alternative Treibstoffe aus Biomasse ihrerseits waren bislang hauptverantwortlich für die Hungerkrisen in der Welt. Die Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik in der Systemkrise sind also größer als es der Streit um Umfang und Richtung von Konjunkturprogrammen vermuten lässt. Wenn die Finanzkrise ein Aspekt einer systemischen Krise ist, ist zu ihrer Überwindung mehr nötig als die Rettung von Bankhäusern, die sich mit «irrationalem Überschwang», wie dies Alan Greenspan nannte, verspekuliert haben.

Fotonachweis: krockenmitte / photocase.com

[Prof. Dr. Elmar Altvater](#) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

[Kommentare \(0\)](#)

Erwiderung von: PD Dr. Norbert Reuter
Montag, 21. September 2009

Erwiderung

Elmar Altvater hat völlig recht, wenn er die gegenwärtige Krise als grundlegende „Systemkrise“ beschreibt. Das anzuerkennen würde bedeuten, dass es ein „Weiter so“ genauso wenig geben kann, wie ein „Brückenbauen“ über die Krise hin zu alten Ufern. Stattdessen verbreitet die Regierung die Mär, Deutschland sei auf einem guten Weg gewesen, die richtigen Weichen – wie die „Agenda 2010“ – seien gestellt worden. Lediglich die von den USA ausgehende Finanzmarktkrise habe das neue deutsche Wirtschaftswunder (so Frank-Walter Steinmeier noch Mitte 2007) torpediert. [Weiterlesen ...](#)

Um jedoch wirkliche Lehren aus der Krise zu ziehen, müssen zunächst die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise klar benannt werden: Umverteilung, wachsende Einkommens- und Vermögenskonzentration und in der Folge Überakkumulation und globale Ungleichgewichte.

Deutschlands fatale Rolle in der Weltwirtschaft

Deutschland gehörte in der Vergangenheit zu den Treibern einer ungleichen Einkommensentwicklung. Nirgendwo sonst in Europa verlief sie in den letzten Jahren so schlecht wie hier. Während die Reallöhne pro Kopf in allen EU-Ländern zwischen 2000 und 2008 Steigerungen von größtenteils über zehn Prozent verzeichneten, sind sie in Deutschland im selben Zeitraum um knapp ein Prozent gefallen. Das hat einerseits die Binnennachfrage massiv beschnitten, andererseits die Exporte beflügelt. Qualitativ hochwertige Produkte „Made in Germany“ konnten immer günstiger auf den Weltmärkten angeboten werden. Andere Länder wurden so zunehmend aus dem Exportgeschäft gedrängt und mussten im Ergebnis massive Exporteinbrüche hinnehmen. Dagegen stiegen die Exportüberschüsse Deutschlands zwischen 2000 und 2007 von gut sieben Milliarden Euro auf über 170 Milliarden Euro massiv an.

Die Überschüsse des einen Landes erzwingen aber Defizite und Verschuldung des anderen Landes. Zusammen mit China und Japan hat es Deutschland bis 2008 auf einen Überschuss von über einer Billion Euro gebracht. Dem stehen die großen Schuldnerländer – vor allem die USA, aber auch Spanien und Großbritannien – mit einem Defizit in gleicher Größenordnung gegenüber. Mit der Finanzmarktkrise ist dieses auf globalen Ungleichgewichten und massiver Verschuldung beruhende Wachstumsmodell zusammengebrochen. Deutschland ist deshalb besonders von der Krise betroffen. Denn der Preis für den Titel des Exportweltmeisters ist die massive Schwäche der Binnennachfrage. Der private Konsum blieb seit 2003 erstmals anhaltend hinter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes zurück. Wegen der ausbleibenden Konsumimpulse war der Aufschwung in Deutschland schon zu Ende, bevor die Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise Absatz und Produktion dramatisch nach unten riss.

Umverteilung als Treibsatz auf den Finanzmärkten

Damit liegen auch die tieferen Ursachen der Finanzmarktkrise keineswegs nur jenseits des Atlantiks. Die Umverteilung – nicht zuletzt in Deutschland – hat zu einer Explosion bei den Gewinnen und Vermögenseinkommen geführt. Mangels fehlender Nachfrage flossen die

hohen Gewinne immer weniger in Investitionen und immer mehr auf die internationalen Kapitalmärkte. Zwischen 2004 und 2007 verhielten sich die Unternehmen in Deutschland in ihrer Gesamtheit wie eine Bank. Statt Kapital für Investitionen aufzunehmen und sich zu verschulden, bildete der Unternehmenssektor Überschüsse. Weit über 70 Milliarden Euro flossen so im Zeitraum 2004 bis 2007 aus dem Unternehmenssektor auf den Kapitalmarkt. Hinzu kamen weitere Kapitalmassen als Folge der wachsenden Vermögenskonzentration - auch im Zuge der weltweiten Privatisierung der Altersvorsorge. Mittlerweile machen Pensionsfonds mit knapp 30 Billionen Euro rund ein Viertel des weltweit angelegten Vermögens aus.

Zusammengenommen haben diese Entwicklungen sukzessive den Charakter der Finanzmärkte völlig verändert. Nicht mehr die Finanzierungsfunktion und damit die Nachfrage nach Liquidität bestimmt die Märkte, sondern der renditesuchende Finanzanleger. Das massive Angebot an Kapital muss irgendwo untergebracht werden – bei gleichzeitig hohen Renditeanforderungen. Wozu dies geführt hat, lässt sich an den Finanzprodukten zeigen. Sie hat am Ende niemand mehr verstanden – außer dass sie angeblich hohe Renditen mit überschaubaren Risiken abwerfen würden.

Die Agenda für die Zukunft

Vor dem Hintergrund der Folgen dieser nationalen wie globalen Umverteilung sind die derzeit diskutierten wirtschafts- und finanzpolitischen „Reformen“ völlig ungenügend. Bankenrettung, Konjunkturpakete, Boniregelungen, Regulierung von Hedge-Fonds und Ratingagenturen etc. – sind alles Maßnahmen, die lediglich die Symptome kurieren. Um die tieferen Ursachen der globalen Krise angehen zu können, müssten klare Weichenstellungen in Richtung eines neues Wachstums- und Akkumulationsmodells vorgenommen werden. Für Deutschland erfordert dies in erster Linie eine Stärkung der Binnennachfrage über steigende Masseneinkommen und eine deutliche Ausweitung öffentlicher Ausgaben. Dies entspricht dem, was der gerade zu neuem Ruhm kommende englische Ökonom John Maynard Keynes bereits in den 1930er Jahren als wirtschaftspolitische Notwendigkeit für entwickelte Industriegesellschaften gefordert hat. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung wären heute jedoch ökologische Notwendigkeiten stärker einzubeziehen („Keynes plus“).

Ein stärkeres staatliches Engagement erfordert heute in erster Linie einen deutlichen Anstieg staatlicher Ausgaben in zukunftswichtigen Bereichen: Bildung, soziale Dienstleistungen, Umwelt und Infrastruktur. Neben ökologischen Investitionen in die Sanierung von Gebäuden, Abwassersystemen, Wärmedämmung etc. gehört dazu auch deutlich mehr Personal im öffentlichen Bereich, v.a. für Gesundheit, Kitas, Schulen und Hochschulen. Die skandinavischen Länder zeigen hier seit langem, wie es gehen kann. Sie verfolgen einen Entwicklungspfad, in dem der Staat eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielt. Das wird schon an der Tatsache deutlich, dass dort auf 1.000 Einwohner rund 150 öffentlich Beschäftigte kommen. In Deutschland sind es gerade einmal 55. Aufgrund ideologischer Vorentscheidungen in Richtung Markt und der durch Steuersenkungen selbst produzierten Finanznot der öffentlichen Haushalte ist hier die Tendenz seit Jahren sogar rückläufig.

Vom neoliberalen zum öko-sozialen Entwicklungsmodell

Die Antwort auf die diagnostizierte „Systemkrise“ kann nur heißen: fundamentaler Paradigmenwechsel der herrschenden Politik. Die Richtung einer solchen wirtschaftspolitischen Neuorientierung wird durch folgende Leitplanken markiert:

- Eine umfassende Re-Regulierung der Finanzmärkte;
- ein größerer öffentlicher Sektor einhergehend mit einer höheren Staatsquote;
- eine Umverteilung von „oben nach unten“ mit dem Ziel einer gleicheren Verteilung von Einkommen und Vermögen;
- eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, die auch die Unternehmenssphäre mit einschließt.

Erste konkrete Schritte wären die Rücknahme von Gesetzen im Rahmen der „Agenda 2010“, die den Druck auf das Lohnniveau massiv erhöht haben. Unabdingbar ist in dem Zusammenhang auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Zur Finanzierung eines dauerhaft angelegten Zukunftsinvestitionsprogramms ist die chronische Unterfinanzierung des Staates zu beenden. Ver.di hat mit seinem „Konzept Steuergerechtigkeit“ gezeigt, wie 75 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen durch eine stärkere Belastung von Gewinnen, Vermögen und hohen Einkommen erzielt werden können.

Dieses hier nur skizzierte öko-soziale Reformpaket („Keynes plus“) geht zweifellos weit über das hinaus, worüber derzeit in Regierungskreisen geredet und nachgedacht wird. In der Tat sind, wie Altvater zutreffend schreibt, die „Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik in der Systemkrise größer, als es der Streit um Umfang und Richtung von Konjunkturprogrammen vermuten lässt.“ Das neoliberale Leitbild der Vorherrschaft des Marktes erscheint noch weitgehend ungebrochen. Ein öko-soziales Reformpaket würde stattdessen den Pfad in eine neue Entwicklungsrichtung eröffnen. Sollte es beim bisherigen Kurieren an Symptomen – national wie international – bleiben, ist nur eines gewiss: Der nächste Crash der Weltwirtschaft.

PD Dr. Norbert Reuter ist in der Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand tätig

Dienstag, 3. November 2009

Warum ist die kapitalistische Krise der Moment der Kompetenz?

von: Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

Es lässt sich auch am Ergebnis der deutschen Bundestagswahlen ablesen, dass angesichts der heraufziehenden Krise nicht etwa eine belebte allgemeine Debatte darüber einsetzt, was denn da so schief gelaufen ist und was zu tun wäre, um die Fehler zu beheben, in denen die Ursachen dafür liegen. Die meisten Leute haben längst begriffen, dass das Versprechen eines krisenfreien Kapitalismus, mit dem die Vordenker des Neoliberalismus in den 1990er hausieren gegangen waren, nicht wirklich Ernst zu nehmen war. Sie glauben einfach nicht, dass sich das ändern lässt. Das blockiert nicht nur jedes Denken an eine umfassende gesellschaftspolitische Alternative, es behindert auch ganz massiv ihre soziale Phantasie: Sie können sich einfach nicht mehr vorstellen, dass es wieder besser wird – und begnügen sich mit der schlichten, vorab bereits resignierten Hoffnung, dass es sie selber nicht oder doch nicht so bald treffen wird, wenn es schlechter wird.

In diesem Sinne haben viele abhängig Arbeitende bei der Bundestagswahl darauf gesetzt, dass zumindest die riesigen Schulden, wie sie auch der deutsche Staat zur Bankenrettung aufgenommen hat – wozu es keine wählenswerte Alternative gegeben hat – nicht bald schon in Gestalt von Steuererhöhungen auf ihre Schultern abgeladen werden. In Bezug auf alle weitergehenden gesellschaftspolitischen Gestaltungsfragen haben sie einfach resigniert – und hoffen nur noch, dass es weiterhin ‚gut geht‘, bloß weil es doch immer noch gut gegangen ist.

Krisenmomente

Es wird aber nicht gut gehen. Auch wenn die seit den 1970er Jahren vielfach durch eine Ökonomie der Spekulationsblasen verschleppte globale Krisenkonstellation aufgrund ihrer Komplexität keine lineare Prognose zulässt, wann es zu unübersehbaren Katastrophen kommt, lässt sich doch eindeutig festhalten, dass es nicht auf Dauer so weitergehen kann, die verschleppten ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisenmomente einfach unbearbeitet zu lassen. Die von Regierungen, ExpertInnen und Massenmedien propagierte Zuversicht in die Fähigkeit der betriebenen ‚Entfesselung der Marktwirtschaft‘, d.h. die aufgelaufenen ‚globalen Probleme‘ gleichsam automatisch zu lösen, fand eigentlich nur bei wenigen Menschen Glauben. Leider waren Intellektuelle, die sich ja in ihrem Alltagsleben besonders leicht von den Realitäten lösen können, für einen derartigen Marktglauben besonders anfällig.

Vieles spricht sogar für die kühne Vermutung, dass entscheidende Finanzmarktakteure gewusst haben, dass es keine ‚spontane Lösung‘ der sich immer weiter zuspitzenden globalen Probleme geben würde. Sie haben sich eben deswegen darauf verlegt, statt Strategien dauerhafter Kapitalakkumulation zu ersinnen, lieber Pyramidenspiele auszudenken, in denen sie als ‚erste Spieler‘ reichlich gewinnen konnten – auf Kosten der Betrogenen späteren Spielteilnehmer.

Die ungelösten Momente dieser Krisenkonstellation lassen sich aufzählen:

1. Die Kapitalakkumulation leidet seit den 1970er Jahren an einer relativen Schwäche der Produktivitätsentwicklung, sowie daran, dass sich die aus den Unternehmen ausgelagerten Kostenfaktoren unvermeidlich doch wieder geltend machen – wenn nicht unmittelbar als Problem der Unternehmensstrategie, dann doch als ein schwerlich zu ignorierendes gesellschaftspolitisches Problem.
2. Die Formen, in denen der Nachkriegsfordismus den ‚sozialen Zusammenhalt‘ organisiert hatte, waren in die Krise geraten. Nicht nur, weil sie immer schwerer zu finanzieren waren, sondern vor allem weil ihre repressiven und autoritären Ausgestaltungen von den neuen Generationen und vielen ihrer Sympathisanten in den Neuen Sozialen Bewegungen abgelehnt wurden. Hier hat der Neoliberalismus mit seinem Versprechen der Befreiung durch Vermarktlichung vermutlich am erfolgreichsten agiert. Sehr viele in den Metropolen des ‚globalen Nordens‘ haben erst spät gemerkt, dass eine prekarierte Existenz als flexibler ‚Unternehmer seiner selbst‘ eine durchaus fragwürdige Verbesserung gegenüber dem ‚Normalarbeitnehmer‘ darstellt. Und viele im ‚globalen Süden‘ mussten schon bald feststellen, dass sie in den neuen Weltmarktverhältnissen schlichtweg als ‚überflüssig‘ gelten und keine Chance mehr haben. Auch wenn sich noch eine Weile Tendenzen fortgesetzt haben, durch die der Fordismus damit begonnen hatte eine globale Mittelschicht hervorzubringen, entstand so eine neue Dimension von Ausgeschlossenen. Hunger, Wassermangel, Pandemien und Verslumpung betrafen schon sehr bald mehr als ein Zehntel der Menschheit.

3. Die Reichweite des menschlichen Handelns hat zum ersten Mal in der Erdgeschichte selber eine erdgeschichtliche Dimension erreicht. Ganz gleich ob in klimatischen Veränderungen, in einer galoppierenden Reduzierung der Basis der biologischen Evolution (Biodiversität) oder in der Erschöpfung von Ressourcen (Böden, fossile Energieträger, Erze und andere nutzbare Stoffe) und zwar in eine Richtung, die eine langfristige Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen erwarten lässt. Und der an kurzfristigen Profiten orientierte industrielle Pfad, der Raubbau an ‚der Natur‘ treibt sie immer weiter in diese längerfristig destruktive Richtung.
4. Schon vorher hatte die Menschheit in ihrem außergewöhnlichen Tun – vor allem in ihren Technologien der Kriegsführung – eine Reichweite aufgebaut, die sich bis hin zu einer raschen Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen erstreckte. Das konnte vielleicht noch für ‚beherrschbar‘ gehalten werden, solange eine Supermacht als Welthegemon über diese Destruktivkräfte allein verfügte. Selbst ein Duopol zweier Supermächte konnte angesichts dieser Perspektive als relativ stabil angesehen werden. Diese Situation gehört inzwischen eindeutig und irreversibel der Vergangenheit an: Die Verbreitung (Proliferation) dieser Superwaffen ist in einem Weltsystem, das sich so weit destabilisiert hat, dass auch ziemlich große Kriege wieder real möglich geworden sind, vielleicht noch etwas zu verzögern, aber sicher nicht mehr aufzuhalten.
5. Weniger offensichtlich ist eine weitere Krise, für die ich nur indirekte Belege anführen kann. In den Geschlechter- und Generationenverhältnissen sind seit dem 19. Jahrhundert weltweit die alten Gestalten patriarchalischer Abhängigkeitsverhältnisse erschüttert worden – durchaus auch aufgrund der Eröffnung des Marktzuganges als KonsumentInnen und als Arbeitskraftbesitzer für Frauen und für Jugendliche. Die Durchsetzung der ‚modernen lohnabhängigen Kleinfamilie‘ ist selbst in den Metropolen des ‚globalen Nordens‘ nur noch partikular, unsicher und unvollständig geblieben. Und sie ist selber fragil: Denn warum sollen die Frauen sich eigentlich als Hausfrauen und Mütter in einer geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung von ‚ihren‘ Männern ausbeuten lassen und warum sollten Jugendliche sich in den Haushalt der Eltern ‚einordnen‘ lassen – wo ihnen doch grundsätzlich in gleicher Weise wie den männlichen, erwachsenen Lohnabhängigen die Perspektive offen stand, ihr Arbeitsvermögen als Arbeitskraft an ein kapitalistisches Unternehmen zu verkaufen? Dass in dieser Hinsicht eine ernsthafte Krise im globalen Maßstab vorliegt, schlage ich vor, zunächst einmal daran abzulesen, dass es seit dem Beginn der bürgerlichen Revolutionen immer wieder zu globalen Ansätzen einer Frauen- oder Jugendbewegung gekommen ist. Wer das für einen allzu spekulativen Rückschluss hält, dem möchte ich vorschlagen, darüber nachzudenken, warum gegenwärtig die ‚demographische Reproduktion‘ der Menschheit derart aus den Fugen geraten ist. Diese Entwicklungen hängen bis aufs Engste mit den Geschlechter- und Generationenverhältnissen zusammen, das sollte nicht als eine bloß spekulative Vermutung abgetan werden.

Was könnte es aber heißen, diese strukturellen Dimensionen der gegenwärtigen Krisenkonstellation wirklich anzugehen?

Die Antwort auf diese Frage wird zumeist in der falschen Richtung gesucht – nämlich in technischen Lösungen für die angesprochenen Probleme. Die gibt es aber nicht und die kann es auch nicht geben: Eine unbegrenzte Expansion menschlicher Produktivität und Produktion – und daher auch eine grenzenlose Akkumulation des in ihnen fungierenden Kapitals – ist im Rahmen einer begrenzten irdischen Biosphäre völlig undenkbar. Es gibt auch keine ‚technisch richtigen‘ Lösungen für die ökologische Krise, welche die Menschheit ausgelöst hat, für die

kritische Lage, in welche die Menschheit ihre eigene Kriegsführungsfähigkeit gebracht hat oder für die tiefe, wenn auch vielleicht nicht so offensichtliche Krise der Geschlechter- und Generationenverhältnisse. Das sollten wir uns nicht länger dadurch verdecken lassen, dass diese Probleme zumeist gar nicht umfassend angesprochen werden, sondern nur in allerlei Teilprobleme zerlegt, für die eine Suche nach rein oder primär technischen Lösungen plausibler erscheinen mag.

Stattdessen wird es darum gehen, die Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, aus denen diese Probleme ‚in letzter Instanz‘ zu erklären sind: die ideologische Verlängerung und nicht Lösung der kapitalistischen Krise in den modernen Gesellschaften, die ‚industrialistische‘ Deformation des Stoffwechsels der Menschen mit ‚der Natur‘, die offenbar unausrottbare Neigung eines ‚Weltsystems‘ aus souveränen Nationalstaaten sehr unterschiedlicher Machtfähigkeit zur Kriegführung als Mittel einer Konfliktaustragung und die Fragilität hierarchischer Geschlechter- und Generationenverhältnisse. Und es wird darum gehen, sich ernsthaft und gemeinsam die Frage zu stellen, wie diese Herrschaftsverhältnisse überwunden werden können – und wie insbesondere vermieden werden kann, dass sie hintereinander Versteck spielen oder dass sie die sie bekämpfenden Menschen gegeneinander ausspielen.

Diese Aufgabe ernsthaft anzugehen ist nicht in erster Linie eine Sache parlamentarischer Parteien. Jeder Mensch und jede gesellschaftliche Organisation sind hier und heute in diesem Sinne gefordert. Und in dem Maße, in dem diese Herausforderung angenommen wird, beginnt auch schon die Stunde der Demokratie.

Fotonachweis: Yaban / photocase.com

Prof. Dr. Frieder Otto Wolf ist Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

[Kommentare \(0\)](#)

Erwiderung von: Dr. Martin Beckmann
Dienstag, 10. November 2009

[Erwiderung](#)

Die Hoffnung, dass die Krise des Finanzmarktkapitalismus die Stunde einer umfassenden politischen Kurskorrektur sein könnte, ist spätestens mit den Bundestagswahlen verflogen. Für die Gewerkschaften geht es in dieser Situation darum, mehrerer Dinge zu verknüpfen.

[Weiterlesen ...](#)

Dienstag, 10. November 2009

Erwiderung

von: Dr. Martin Beckmann

Die Hoffnung, dass die Krise des Finanzmarktkapitalismus die Stunde einer umfassenden politischen Kurskorrektur sein könnte, ist spätestens mit den Bundestagswahlen verflogen. Für die Gewerkschaften geht es in dieser Situation darum, mehrerer Dinge zu verknüpfen: Erstens werden die Auseinandersetzungen in der Betriebs- und Tarifpolitik härter werden. Für ver.di beginnt Ende des Jahres die Tarifaussensatzung im öffentlichen Dienst in einer

Situation, in der ohnehin häufig klamme Kommunen durch den krisenbedingten Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen und die Steuerentlastungen der neuen Bundesregierung weiter unter Druck gesetzt werden. Die schwierige Situation der Kommunen kann aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten bereinigt werden. Vielmehr müssen Bündnisse organisiert werden, die den schwarz-gelben Angriff auf die Kommunalfinzen abzuwehren versuchen. Nicht nur, dass die Qualität der Daseinsvorsorge nach Jahren der Spar- und Privatisierungspolitik schon genug gelitten hat. Auch darf die Binnenkaufkraft nicht weiter geschwächt werden. Denn die Krise ist, wie Frieder Otto Wolf zu Recht betont, nicht einfach Ausdruck unzureichender Regulierung der Finanzmärkte, sondern eine multiple Krise kapitalistischer Vergesellschaftung, zu der neben Überakkumulation, Prekarisierung und Umweltzerstörung auch globale Ungleichgewichte zählen.

Deshalb müssen die Gewerkschaften zweitens über die Erfordernisse in ihrem „Kerngeschäft“ in der Betriebs- und Tarifpolitik hinaus sich für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Umbau der Ökonomie einsetzen. In Deutschland zählt hierzu neben dem Erhalt und dem ökologischen Umbau industrieller Kerne eine Abkehr von der Exportweltmeisterstrategie zugunsten einer stärkeren Orientierung auf die Binnenwirtschaft. Elemente einer solchen Umorientierung sind das Konzept eines aktiven Sozialstaats und die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit. Unter einem aktiven Sozialstaat verstehen wir einen Staat, der zum einen für eine angemessene und gerecht finanzierte soziale Sicherheit in Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit sorgt, statt Lebensrisiken zu vermarktlichen und privatisieren. Zum anderen gehört nach unserem Sozialstaatsverständnis neben finanziellen und Sachleistungen auch die Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur in Form öffentlicher Dienstleistungen insbesondere in Bereichen wie Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege zu den Aufgaben eines aktiven Sozialstaats.

Ein solcher Ansatz, der um Konzepte zur wirtschaftsdemokratischen Steuerung von Produktion und Verteilung erweitert werden muss, weist über technokratische Lösungen der Krise, die sich auf ein wenig mehr an Regulierung der Finanzmärkte und die Hoffnung auf grüne Wachstumsmärkte beschränken, hinaus. Auf dieser Basis müssen in der nächsten Zeit konkrete Interventionen, etwa in der Renten- oder Gesundheitspolitik, im Kampf für einen aktiven Sozialstaat und Verteilungsgerechtigkeit ausgehen.

Dr. Martin Beckmann ist in der Abteilung Politik und Planung beim Ver.di-Bundesvorstand tätig.

Montag, 16. November 2009

Nach der Krise ist vor der Krise

von: Dr. Dierk Hirschel

Im Sommer endete der freie Fall der deutschen Wirtschaft. Langsam füllen sich die Auftragsbücher. Die Gesundung wird jedoch noch lange dauern. Schließlich hatte der Absturz historische Ausmaße. Die Weltindustrieproduktion, die Aktienkurse und der Welthandel fielen seit April letzten Jahres schneller als in der Großen Depression 1929. Im deutschen Maschinenbau brachen mehr als die Hälfte der Aufträge weg. In der Stahlindustrie sank der

Ausstoß auf das Niveau der 50er Jahre. Ein kräftiger Aufschwung ist nicht in Sicht. Es drohen vielmehr empfindliche Rückschläge.

Noch hat die Krise den Arbeitsmarkt nicht mit voller Wucht getroffen. Die Arbeitslosigkeit stieg im Vorjahresvergleich um „nur“ 260.000. In den letzten drei Rezessionen (1981, 1992 und 2001) kletterte die Arbeitslosigkeit um jeweils 1,2 bis 1,4 Mio. Kurzarbeit und andere Formen der Arbeitszeitverkürzung verhinderten, dass der Produktionseinbruch direkt auf die Beschäftigung durchschlug. Weiterhin trübe Absatzerwartungen lassen jedoch einen massiven Kapazitätsabbau befürchten. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit steht uns vermutlich noch bevor. Dadurch ist die zarte wirtschaftliche Erholung gefährdet. Wenn die Arbeitslosigkeit kräftig steigt, steigt auch der Lohndruck. So erhöhen sich die Deflationsgefahren. Fallende Löhne und Preise sind aber Gift für die Volkswirtschaft. Verbraucher verschieben ihre Kaufentscheidungen und Schuldner können ihre Kredite nicht mehr bedienen. Eine Deflation würde einen langjährigen wirtschaftlichen Stillstand bedeuten.

Ein Rückschlag droht auch von den Finanzmärkten. Noch immer brennt es in den Frankfurter und Münchner Glaspalästen. Das Eigenkapital deutscher Banken umfasst lediglich ein Drittel des Werts ihrer Giftpapiere. Folglich geben die Banken das billige Zentralbankgeld nicht an ihre Kunden weiter. Mit der höheren Gewinnmarge schreiben sie ihren Giftmüll ab. Deswegen stockt die Liquiditätsversorgung. Die Gefahr einer Kreditklemme ist noch lange nicht gebannt.

Die Weltwirtschaft hat sich nach Ausbruch der Krise verändert. Nach dem Platzen der Kreditblase werden sich US-amerikanische Verbraucher und Unternehmen entschulden. Gleiches gilt für Großbritannien, Spanien und Irland. Jeder US-Dollar, der in den Schuldendienst fließt, steht aber nicht mehr für den Kauf ausländischer Produkte zur Verfügung. Diesen weltweiten Nachfrageentzug werden auch die deutschen Exportindustrien spüren. Es gibt wenig Anlass zu der Hoffnung, dass uns das Ausland wieder einmal rettet.

Die Krise ist teuer: Jeder zusätzliche Arbeitslose kostet rund 18.000 Euro. Ein Prozent Wachstumseinbruch führt zu einem volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlust von 25 Milliarden Euro. Die Einnahmeverluste bringen die sozialen Sicherungssysteme an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Schon bald können die gesetzlichen Pflichtleistungen nicht mehr aus Beiträgen finanziert werden. Gleichzeitig drohen jährliche konjunkturbedingte Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe.

Die Ursachen der Krise

Die Konjunktur kapitalistischer Volkswirtschaften verläuft in Zyklen. Während ein normaler Abschwung kaum erklärungsbedürftig ist, gilt dies nicht für den Kollaps von Wallstreet & Co. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in einem Mix aus entfesselten Kapitalmärkten, ökonomischer Ungleichheit, und internationalen Ungleichgewichten.

In fast allen führenden Industrieländern stieg in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit. Dies gilt sowohl für die funktionelle (Arbeit- und Kapitaleinkommen) als auch für die personelle Verteilung (Unterschiede im Personen- respektive Haushaltseinkommen). Die Gewinn- und Vermögenseinkommen explodierten. Die Lohnquoten erreichten hingegen historische Tiefststände. Hierzulande stiegen die Gewinn- und Vermögenseinkommen zwischen 2000 und 2007 fast siebenmal so stark wie die Löhne und Gehälter. In der schönen neuen Welt des Finanzmarktkapitalismus bestimmten Investmentbanken, Versicherungen und Pensionsfonds die Gewinnziele der Unternehmen. Die hohen Renditeansprüche konnten aber

nicht mehr aus gewöhnlichen betrieblichen Produktivitätszuwächsen gespeist werden. Folglich wurden Unternehmen ausgeplündert und Beschäftigte zum Verzicht gezwungen. Während die Dividenden stiegen, kürzten die Vorstände die Investitionen. Die Geschäftsleitungen strichen übertarifliche Leistungen, ließen unbezahlt länger arbeiten, schufen prekäre Jobs und erhöhten den Arbeitsdruck.

Die so erzielten Rekordgewinne flossen aber nicht in die Betriebe zurück. Vielmehr stieg die betriebliche Geldvermögensbildung. Die Einsätze im internationalen Casino kletterten in astronomische Höhen. Das globale Finanzvermögen belief sich 2007 mit 200 Billionen US\$ auf das Vierfache des Weltsozialproduktes. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren schwache Masseneinkommen. Hierzulande stagnieren die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten seit Mitte der 90er Jahre. Folglich kam der private Verbrauch nicht mehr vom Fleck.

Diese Entwicklung ist natürlich nicht vom Himmel gefallen: Die „unternehmerischen Freiheiten“ der Kapitalmarktakteure wurden aktien- steuer- und unternehmensrechtlich ausgebaut. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Die steuerliche Pflege hoher Einkommen und Vermögen tat ein Übriges.

Die steigende ökonomische Ungleichheit drohte die Wachstumsmotoren der Industrieländer abzuwürgen. Die USA löste diese Wachstumsbremse, indem sie den Konsum der unteren und mittleren Einkommenschichten auf Pump organisierte. Deutschland, Japan und China antworteten auf die gedrosselte Binnennachfrage mit mehr Exporten. Mit der Krise funktioniert aber der kreditfinanzierte US-Staubsauger der Weltmärkte nicht mehr. Folglich müssen die bisherigen Trittbrettfahrer der Weltwirtschaft zukünftig ihre Binnenmärkte entwickeln. Tun sie das nicht, schrumpfen Alle.

Politisches Krisenmanagement

Die Politik hat in der Krise gehandelt. Sie wiederholt nicht die schweren politischen Fehler der großen Depression. Die größten Erfolge erzielte das heimische Krisenmanagement mit der Arbeitsmarktpolitik. Die Kurzarbeit wurde auf über eine Million Arbeitnehmer ausgedehnt. Mit Qualifizierungsprogrammen und tariflicher Arbeitszeitverkürzung wurden Entlassungen verhindert. Mit dieser Arbeitsmarktpolitik konnten wir Zeit kaufen. Mit Arbeitsmarktpolitik allein kann jedoch diese Krise nicht bekämpft werden.

Konjunkturprogramme

Entscheidend ist, wann sich die Auftragsbücher der Unternehmen wieder füllen. Um einen Kapazitätsabbau zu verhindern muss die Nachfragerücke schnell geschlossen werden. Wenn Betriebe nicht mehr investieren und Verbraucher nicht mehr konsumieren, kann aber nur noch der Staat für zusätzliche Nachfrage sorgen.

Die Konjunkturlösungen kamen jedoch sehr spät. Zudem waren die heimischen Pakete zu eng schnürt, handwerklich schlecht gemacht und international nicht abgestimmt. Im laufenden Jahr stützt die Regierung die Konjunktur mit rund 31 Milliarden Euro, oder 1,3% des Sozialproduktes. Der prognostizierte Wachstumseffekt entspricht 0,5%. Zu wenig in Anbetracht dieser historischen Krise. Die USA und Japan spendierten 2009 rund 2% ihres Sozialproduktes für Konjunkturprogramme aus, China sogar 7%. Grundsätzlich gilt das Prinzip: Länder mit Handels- und Leistungsbilanzüberschüssen sowie geringen

Haushaltsdefiziten müssen einen stärkeren Beitrag zur Stützung der Weltwirtschaft leisten als Andere.

Bankenrettung

Auch das Finanzsystem musste politisch stabilisiert werden. Zunächst wurde im Herbst 2008 ein 480 Milliarden Euro schwerer Rettungsschirm – Garantien, Eigenkapitalspritzen, Kauf toxischer Papiere – gespannt, um Panik zu verhindern. Das Eigenkapital von Deutscher Bank, Commerzbank & Co schrumpfte jedoch weiter. Deswegen sollten die Bankbilanzen durch die Einrichtung so genannter „Bad Banks“ entgiftet werden. Bisher griff kaum eine Bank nach diesem Rettungsring. Hauptproblem ist die politische Konstruktion der Maßnahmen. Der Staat begibt sich freiwillig in Geiselhaft der Banken. So war die Teilnahme an den Rettungseinsätzen immer freiwillig. Die Bankmanager durften selbst entscheiden, ob sie weiter zocken, oder sich retten lassen. Zudem gibt es immer noch ein faktisches politisches Bankgeheimnis. Wer um Hilfe anfragte, musste seine Bücher dem Steuerzahler nicht offenlegen. Weiterhin weiß niemand, wer wem etwas schuldet. Folglich kann die Öffentlichkeit nicht beurteilen, ob eine Bank systemrelevant ist oder nicht. Darüber hinaus wurden die Staatshilfen nicht konsequent an Gegenleistungen – z.B. Eigentumstitel - geknüpft. Es gibt aber keinen Grund, warum die Steuerzahler die hohen Risiken tragen sollen.

Industriepolitik

Diese historische Krise bringt eine große Welle von Unternehmensinsolvenzen mit sich. Die Auseinandersetzungen um Opel, Schäffler oder Arcandor sind nur die Spitze des Eisberges. Die industriellen Kerne müssen in der Krise politisch geschützt werden. Deswegen muss der Staat in letzter Instanz strategisch wichtigen Unternehmen unter die Arme greifen. Firmen, die eine zentrale Stellung in der Wertschöpfungskette einnehmen, oder von großer Bedeutung für regionale Wirtschaftskreisläufe sind, müssen mittels Bürgschaften oder Staatsbeteiligungen – organisiert durch einen staatlichen Beteiligungsfonds - vor dem Untergang geschützt werden.

In der Industriepolitik gilt das Gleiche wie für die Bankenrettung: Leistung gibt es nur für Gegenleistung. Aktionäre, Eigentümer und Gläubigerbanken dürfen nicht geschont werden. Sie müssen einen substanziellen finanziellen Beitrag leisten. Wenn Steuergeld fließt, muss sichergestellt werden, dass dies der Belegschaft zugute kommt. Deswegen muss im Gegenzug die Mitbestimmung ausgebaut werden. Tarifreue, Standort- und Beschäftigungsgarantien sind weitere notwendige Voraussetzungen für die Gewährung staatlicher Hilfen.

Wer zahlt die Zeche?

Die Krise und der öffentliche Rettungseinsatz führen zu einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung. Der Umgang mit der höheren Staatverschuldung ist immer auch eine Frage der Verteilung. Schließlich sitzen die Gläubiger im Inland. Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Das Nettovermögen der Privathaushalte beträgt aktuell 6 Billionen Euro. Die reichsten 10% der Haushalte halten 65% dieses Nettovermögens. Zur Finanzierung des öffentlichen Rettungseinsatzes bedarf es eines solidarischen Lastenausgleiches. Dieser sollte jetzt in Form einer einmaligen Vermögensabgabe erfolgen. Darüber hinaus können die Finanzmarktakteure durch eine Finanztransaktionssteuer dauerhaft an der Finanzierung des Rettungseinsatzes beteiligt werden

Lehren aus der Krise

Vor der Krise ist nach der Krise. Jetzt müssen grundlegende Lehren gezogen werden. Die aktuelle Krise ist die Krise des Finanzmarktkapitalismus. Dieser Kapitalismus, der sich an den kurzfristigen Renditeinteressen der Aktionäre ausrichtet, ist gescheitert. Die Überwindung des Finanzmarktkapitalismus ist ein ambitioniertes Reformprojekt. Hierfür muss zunächst die Rolle des Staates neu bestimmt werden.

Das wirtschaftsliberale Markt- und Staatsverständnis befindet sich in einer schweren Legitimationskrise. Der Mythos „sich selbst steuernder Märkte“ hat sich in Luft aufgelöst. Die historische Erfahrung lehrt uns aber auch, dass Märkte einen wichtigen Wohlstandsbeitrag leisten. Märkte sind jedoch sozial und ökologisch blind. Es gibt keine soziale Form der Kapitalverwertung. Das Soziale am Kapitalismus wurde ihm stets abgerungen. Die reformpolitische Herausforderung besteht somit in der umfassenden sozialen und ökologischen Regulierung des modernen Kapitalismus.

Doch Vorsicht! Die aktuelle Renaissance des Staates ist keineswegs Ausdruck sozialen Fortschritts. Die Finanzindustrie ist gerade auf dem besten Weg den Staat für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Der soziale Charakter des Staates ist und bleibt ein umkämpftes Feld.

Eine Politik des sozialen Fortschritts

Die großen Reformprojekte liegen auf der Hand. Zunächst brauchen wir einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Dieser sollte langfristige Realinvestitionen fördern und kurzfristige Spekulation diskriminieren. Banken müssen zukünftig wieder der Realwirtschaft dienen. Deswegen müssen Prävention, Haftung und Langfristorientierung gestärkt werden. Exemplarisch helfen ein TÜV für Finanzmarktprodukte, striktere Eigenkapitalanforderungen und eine „Schufa für Banken“. Alle Bankgeschäfte müssen sich in den Bilanzen abbilden lassen. Steueroasen gilt es zu schließen. Heuschrecken müssen an die kurze Leine. Ein Haftungsverbund der europäischen Privatbanken lässt die Banken und nicht die Steuerzahler für eine verfehlte Geschäftspolitik bluten. Goldene Aktien (z.B.. VW-Gesetz), ein Verbot von Aktienoptionen, sowie die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen und Finanztransaktionen setzen Anreize für ein nachhaltiges Management.

Verteilungsfrage

Die Verteilungsfrage muss politisch neu gestellt werden. Die historische Finanzmarktkrise hat ihre Wurzeln in der massiv gestiegenen ökonomischen Ungleichheit. Die Verteilung entscheidet über die Wachstums- und Beschäftigungschancen der Zukunft. Wenn die Kapital- und Vermögenseinkommen den Arbeitseinkommen enteilen, bleiben maßgebliche Ressourcen ungenutzt.

Die heimischen Löhne steigen aber nicht im Selbstlauf. Die Entwicklung der Markteinkommen ist keineswegs voraussetzungslos. Die Wirkungsmacht gewerkschaftlicher Tarifpolitik ist nach dem arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Irrweg der letzten Jahre geschwächt. Deswegen bedarf es jetzt einer Neuordnung des Arbeitsmarktes. Mit Hilfe eines gesetzlichen Mindestlohns, der staatlichen Förderung regulärer Beschäftigung – bei gleichzeitiger Diskriminierung prekärer Beschäftigung -, der Minderung des Erwerbsarbeitszwangs (Abschaffung der verschärften Zumutbarkeit bei Hartz IV, längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes) kann die Schieflage der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muss der Staat mittels Transfers, Steuern und Abgaben in die Verteilung der Markteinkommen eingreifen. Große Einkommen- und Vermögen müssen zukünftig stärker zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beitragen.

Moderner Sozialstaat

Sozialstaat und Markt sind keine Gegensätze. Der Sozialstaat der Zukunft braucht ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qualifizierung. Mindestlohn, Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Beschäftigungsstabilität. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe müssen durch Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden. Die großen sozialen Sicherungssysteme sollten zu einer Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden.

Ein moderner Sozialstaat setzt auf Prävention. Qualifizierung und Weiterbildung müssen an die Stelle des phantasielosen Drucks durch Transferkürzungen und verschärfter Zumutbarkeit treten. Ein moderner Sozialstaat betreibt Beschäftigungspolitik. Die sozialen Dienstleistungen sollten ausgebaut werden. Ein moderner Sozialstaat investiert in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur.

Ökologischer Umbau

Der Kapitalismus untergräbt gerade seine eigenen Produktionsgrundlagen. Schreitet der Klimawandel fort, dann wird schon bald ein Fünftel des globalen Sozialproduktes verloren gehen. Natürlich kann durch einen ökologisch ausgerichteten Umbau der marktkonformen Anreizsysteme brachliegendes Kapital in regenerative Energien, Ressourceneffizienz, Energiesparmaßnahmen und Effizienztechnologien umgeleitet werden. Das allein reicht aber nicht aus. Zu groß sind die Widerstände der Träger und Profiteure des fossilen Kapitalismus. Hier brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der im Rahmen einer ökologischen Industriepolitik als Entwickler, Innovator, Investor und Nachfrager voranschreitet.

Eigentumsfrage

Die aktuelle Krise setzt auch die Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung. Zunächst nur im Fall notleidender Banken. Hier sollte der Staat aber nicht als reiner Reparaturbetrieb auftreten. Das Märchen vom Staat als per se schlechten Unternehmer hat ausgedient. Die bisherige Privatisierungs- und Liberalisierungsbilanz überzeugt nicht. Eine billige flächendeckende und hochwertige Versorgung mit öffentlichen Gütern konnte nicht erreicht werden. Von der Entwicklung der Löhne und Arbeitsbedingungen der privatisierten Bereiche ganz zu schweigen. Bei natürlichen Monopolen (Energieversorgung, Bahn) ist ein funktionsfähiger Wettbewerb kaum herstellbar. In welchen Bereichen privates, staatliches, vergesellschaftetes oder genossenschaftliches Eigentum die höchste ökonomische und soziale Effizienz bringt, muss wieder neu diskutiert und entschieden werden.

Wirtschaftsdemokratie

Sozialer Fortschritt setzt immer auch ein Mehr an Demokratie voraus. Jetzt ist der Zeitpunkt um an die starke wirtschaftsdemokratische Tradition der Gewerkschaften anzuknüpfen. Aktionärs- und Gesellschafterinteressen dürfen keinen Vorrang mehr gegenüber den Interessen der Beschäftigten und des Allgemeinwohls haben. Mehr Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, eine demokratische

Selbstverwaltung der Wirtschaft, ebenso wie plurale Eigentumsformen, eine bessere Regulierung und makroökonomische Steuerung.

Diese historische Krise bietet eine Chance für eine soziale und ökologische Reformpolitik. Grundlegende Reformen eröffnen aber immer auch eine Perspektive, die über den Kapitalismus hinausweist. Wie eine solch reformierte Gesellschaft sich langfristig entwickelt und welche Rolle der Profitlogik in ihr spielen wird, ist ein offener Prozess, auf den es sich lohnt einzulassen.

Fotonachweis: photocase.com/granatapfel5000

Dr. Dierk Hirschel ist Chefökonom beim DGB Bundesvorstand.